

## Landtagswahl in Bayern 2018

### JAGDPOSITIONEN DER PARTEIEN AUF DEM PRÜFSTAND Verbände fordern überfällige Korrekturen im Jagdwesen

Zur Bayerischen Landtagswahl 2018 haben der BUND Naturschutz in Bayern (BN), der Ökologische Jagdverein Bayern (ÖJV) und die Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft Bayern (ANW) im Rahmen von Wahlprüfsteinen die Parteien zu aktuellen jagdlichen Themen befragt. Die Verbände begrüßen, dass die meisten Parteien bewährte jagdliche Regelungen in Bayern wie den Grundsatz „Wald vor Wild“ und die Vegetationsgutachten unterstützen. Aus dem Rahmen fallen allerdings die Freien Wähler, die keine der abgefragten Fragestellungen unterstützen. „Wir erwarten von den Parteien, dass sie längst überfällige Korrekturen im bayerischen Jagdwesen in der nächsten Legislaturperiode umsetzen, damit die aktuellen Herausforderungen gemeistert werden können, die der Klimawandel und überhöhte Wildbestände an Land- und Forstwirtschaft stellen“, so BN, ÖJV und ANW.

#### **Lob für SPD und Grüne für deren Jagdpositionen, Kritik v.a. für Freie Wähler**

„Wir freuen uns, dass SPD und Grüne bei allen abgefragten Themenfeldern die zentralen Grundsätze und Instrumente sowie die notwendigen Veränderungen unterstützen“, so Wolfgang Kornder, Vorsitzender des ÖJV Bayern. „Wir begrüßen, dass die CSU nach wie vor hinter dem Grundsatz „Wald vor Wild“ und den Vegetationsgutachten steht“, so Manfred Schölch, Vorsitzender der ANW Bayern. „Wir stellen aber gleichzeitig mit Sorge fest, dass die CSU die bekannten Defizite, wie verbreitete Verbisschäden oder die bürokratischen Hindernisse, nicht abbauen will.“ „Sehr kritisch sehen wir die Aussagen der Freien Wähler, die weder die bewährten Grundsätze noch die notwendigen Veränderungen mittragen“, so Ralf Straußberger, Wald- und Jagdreferent des BN. Unter den bisher nicht im Landtag vertretenen, angefragten Parteien gibt es bei der ÖDP die größte Zustimmung, fast durchweg zu allen Themen, gefolgt von der FDP.

#### **Große Übereinstimmung in Grundsätzen der Jagdpolitik**

Die Verbände BN, ÖJV und ANW begrüßen, dass parteiübergreifend der Grundsatz „Wald vor Wild“ sowie das Forstliche Gutachten und die Revierweisen Aussagen zur Waldverjüngung als zentrale jagdliche Prinzipien in Bayern



**BUND Naturschutz in Bayern**

**Landesfachgeschäftsstelle**

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, München,

01. Oktober 2018

PM 103-18/LFG

Wald/Jagd

unterstützt werden. Nur die Freien Wähler wollen diese Kernpunkte nicht mittragen. „Der Grundsatz „Wald vor Wild“ ist zusammen mit den Gutachten zur Waldverjüngung entscheidend für eine naturnahe und naturgemäße Waldwirtschaft“, so Manfred Schölch. „Eine naturnahe Waldwirtschaft kann nur gelingen, wenn der Wildbestand so reguliert wird, dass sich die heimischen Baumarten ohne Zaun oder Einzelschutz verjüngen und aufwachsen können.“ Die Kernaussage des Grundsatzes lautet, dass der Schutz des Lebensraumes Wald Vorrang haben muss vor einer einseitigen „Hege“ einzelner Wildarten wie Reh, Gams oder Hirsch, so wie sie in der Vergangenheit über viele Jahrzehnte zum Schaden der Wälder betrieben wurde. „Leider wird „Wald vor Wild“ oft mit „Wald ohne Wild“ gleichgesetzt“, so Wolfgang Kornder. „Das ist aber falsch! Für uns vom ÖJV gehören Rehe, Gamsen und Hirsche selbstverständlich zu den Jagdrevieren in Bayern, aber halt nicht im Übermaß.“ Das richtige Maß, wieviel Wild der Wald verträgt, liefern das Forstliche Gutachten und die jagdrevierweisen Aussagen zur Waldverjüngung, die Ende 2018 wieder veröffentlicht werden. „Wir fordern deshalb die Jagdbehörden auf, dass sie mit der künftigen Abschussplanung dort konsequent gegensteuern, wo die bisherige Umsetzung des Grundsatzes „Wald vor Wild“ defizitär ist“, so Ralf Straußberger. „Denn es kann ja nicht sein, dass in vielen Wäldern Bayerns sogar die Verjüngung der häufigen Baumarten so stark verbissen wird, dass die kleinen Bäumchen über Jahre hinweg nicht hochwachsen können bzw. ganz absterben. „Wir fordern lediglich die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben, damit weitere Schäden von den Wäldern für die Gesellschaft, aber auch vor allem für die Waldbesitzer abgewendet werden“, so BN, ÖJV und ANW.

### ***Künftige Staatsregierung muss jagdgesetzliche Details verbessern***

Die Verbände fordern von der künftigen Staatsregierung, dass Waldbesitzer und Jäger Instrumente „an die Hand“ bekommen, mit denen sie den Grundsatz „Wald vor Wild“ besser umsetzen können. Gleichzeitig müssen Hindernisse, die dessen Umsetzung stören, aus dem Weg geräumt werden.

So muss zum Beispiel zum Schutz der Berg- und Schutzwälder die bewährte Regelung zur Aufhebung der Schonzeitverordnung umgehend verlängert werden, bevor die bisherige Verordnung ausläuft. Die Verbände begrüßen, dass die Mehrheit der Parteien dies unterstützt – auch hier wiederum versagen die Freien Wähler die Unterstützung.



**BUND Naturschutz in Bayern**

**Landesfachgeschäftsstelle**

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, München,

01. Oktober 2018

PM 103-18/LFG

Wald/Jagd

Die Verbände plädieren zudem dafür, Rehe nicht mehr zu füttern. Denn es ist wissenschaftlich belegt, dass Rehe bei uns keine künstliche Fütterung benötigen, um gesund zu bleiben. Notwendig sind großräumige, revierübergreifende Bewegungsjagden mit Hunden, Mindestabschusspläne für Rehwild, Rotwildreduktion im Wintergatter und harmonisierte Jagdzeiten. Für die öffentlichen, jährlich stattfindenden Treffen der Jäger in Form von Hege-schauen sollte die gesetzlich vorgeschriebene Vorlage der Trophäen gestrichen werden. „Es ist nicht mehr vermittelbar, dass für diese „Trophäenschau“ die Jäger in Bayern jedes Jahr ca. 90.000 Rehbockschädel zersägen und abkochen müssen“, so Kornder, „vor allem weil die „Trophäenschau“ nichts zur Erfüllung der Aufgaben der Hege-schau beiträgt (Zustand der Wildarten und deren Lebensraum, Abschuss, Waldverjüngung, Wildschäden). Diese Forderungen werden von den Parteien mehrheitlich unterstützt. Die Verbände appellieren aber an die CSU und die Freien Wähler, dass auch sie sich in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, die notwendigen Änderungen auf den Weg zu bringen.

### **Tierschutz berücksichtigen**

Die Verbände fordern, dass bei der Jagd Tierschutzaspekte sinnvoll berücksichtigt werden müssen. Dies bedeutet, dass der notwendige Abschuss möglichst tierschutzgerecht und ohne langandauernde Störung durch die Jagd selbst erfolgen muss.

In den letzten Jahren bereiten anwachsende Schwarzwildbestände und die vor den Landesgrenzen anstehende Afrikanische Schweinepest große Probleme. Der erforderliche höhere Abschuss lässt sich nach Ansicht der Verbände zeitlich begrenzt und effektiv mit großräumigen, revierübergreifenden Drückjagden (mit Hunden und ohne Treiberbegrenzung) und Saufängen tierschutzgerecht erreichen. Auch diese Punkte werden von der klaren Mehrzahl der Parteien unterstützt. Lediglich die CSU lehnt die o.g. Drückjagden ab und die FDP die Saufänge. Die Freien Wähler machen wiederum keine Angaben.

Die Verbände danken den Parteien für ihre Mitwirkung. Die Wahlprüfsteine im Detail s.u.: [www.bund-naturschutz.de/pressemitteilungen.html](http://www.bund-naturschutz.de/pressemitteilungen.html)

Für Rückfragen:

Dr. Ralf Straußberger, BN Wald- und Jagdreferent, mobil 0171 / 738 17 24

Dr. Wolfgang Kornder, Vorsitzender ÖJV Bayern, mobil 0170 / 824 12 40

Prof. Dr. Manfred Schölch, Vorsitzender ANW Bayern, mobil 0170 / 777 11 36



**BUND Naturschutz in Bayern**

**Landesfachgeschäftsstelle**

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, München,

01. Oktober 2018

PM 103-18/LFG

Wald/Jagd